

**Antrag 170/II/2019**  
**KDV Steglitz-Zehlendorf**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Annahme (Konsens)**

**Pro Choice statt Pro Femina – Für eine ergebnisoffene Beratung zu Schwangerschaftsabbrüchen!**

1 Es ist keine neue Forderung: Die Abschaffung der Zwangs-  
 2 beratung für Schwangere, die eine Abtreibung durchfüh-  
 3 ren lassen möchten. Noch ist diese Forderung nicht Realit-  
 4 tät, aber wir halten weiterhin daran fest. Bis dahin wol-  
 5 len wir jedoch, dass die angebotenen Beratungen seri-  
 6 ös durchgeführt werden und die schwangeren Menschen,  
 7 wie vorgeschrieben, im Anschluss an die Beratung ei-  
 8 nen Beratungsschein erhalten, welchen sie für die Durch-  
 9 führung eines Abbruches laut Gesetz vorweisen müssen  
 10 (StGB §219 Absatz 2Satz 2).  
 11  
 12 Am 1. Juli 2019 hat am Kurfürstendamm 69 die Berli-  
 13 ner „Beratungsstelle“ des Vereins „Pro Femina“ eröffnet.  
 14 „Pro Femina“ bietet laut eigener Aussage Beratungen „für  
 15 Frauen im Schwangerschaftskonflikt“ an.  
 16  
 17 Die Verwechslung mit der staatlich anerkannten Bera-  
 18 tungsstelle „pro familia“ ist hier allein durch die Namens-  
 19 gebung durchaus gewollt. „Pro Femina“ stellt dabei je-  
 20 doch weder einen Beratungsschein aus, noch beraten sie  
 21 ergebnisoffen oder seriös. Laut einiger Erlebnisberichte  
 22 von Personen, die in einer durch „Pro Femina“ geleiteten  
 23 Beratungsstelle waren, setzen diese die Schwangeren\* so-  
 24 gar auch nach der Beratung weiter unter Druck, keinen Ab-  
 25 bruch vornehmen zu lassen, indem sie diese u.a. mit Anru-  
 26 fen regelrecht terrorisieren. Bei all dem versucht „Pro Fe-  
 27 mina“ sich als normale Beratungsstelle darzustellen, de-  
 28 nen die Sorgen von schwangeren Menschen am Herzen  
 29 liegen. Dies ist jedoch nicht der Fall – die Embryonen, das  
 30 „potentielle neue Leben“, stehen in der Beratung im Vor-  
 31 dergrund, nicht aber das Leben der schwangeren Person.  
 32 Eine Abtreibung wird hierbei nicht als legitime Entschei-  
 33 dung dargestellt. Schwangere werden bewusst getäuscht  
 34 und in ihrem Recht auf eine selbstbestimmte Entschei-  
 35 dung eingeschränkt – entscheiden sie sich für einen Ab-  
 36 bruch der Schwangerschaft, müssen sie in eine andere Be-  
 37 ratungsstelle, die einen Beratungsschein ausstellt. Teil-  
 38 weise ist dafür dann aber keine Zeit mehr: „Pro Femina“  
 39 zögert die Beratung meist so lange hinaus, bis die ersten  
 40 12 Wochen der Schwangerschaft überschritten sind und  
 41 eine Abtreibung nach dem Gesetz nicht mehr möglich ist  
 42 (StGB §218a Absatz 1 Punkt 3). Ratsuchenden wird finan-  
 43 zielle Unterstützung angeboten, wenn sie sich dafür ent-  
 44 scheiden, die Schwangerschaft fortzuführen. Die engen  
 45 Verbindungen von „Pro Femina“ zur sog. Lebensschutzbe-  
 46 wegung sind u.a. an der Person Kristijan Aufiero zu sehen,  
 47 führendes Mitglied von „Pro Femina“ und ebenfalls Vor-  
 48 sitzender des „Birke e.V.“, welcher der Lebensschutzbewe-

49 gung zuzuordnen ist.  
50  
51 Eine solche Missachtung des Rechts auf Selbstbestim-  
52 mung über den eigenen Körper und die bewusste Täu-  
53 schung von Schwangeren\* lehnen wir entschieden ab!  
54 Wir kämpfen für das Recht von Menschen, selbst zu ent-  
55 scheiden, ob sie eine Schwangerschaft fortführen möch-  
56 ten oder nicht!  
57 Wir fordern die Schließung der selbsternannten Bera-  
58 tungsstellen von „Pro Femina“!  
59 Wir fordern die ergebnisoffene Beratung von Schwange-  
60 ren\* in Krisensituationen und den freien Zugang zu Infor-  
61 mationen über Abtreibungen!  
62 Wir fordern die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflle-  
63 ge und Gleichstellung auf, sämtliche Einrichtungen von  
64 „Pro Femina“ in Berlin aufgrund dauerhaften Verstoßes  
65 gegen StGB §219(2) und das Schwangerschaftskonfliktge-  
66 setz Absatz 2 „Schwangerschaftskonfliktberatung“ §5ff.  
67 umgehend zu schließen.